

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 866 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Rudolf Scharping weist darauf hin, daß unter Umständen noch acht Millionen Deutschstämmige aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik übersiedeln wollen.

Seite 1

Dietrich Sperling begrüßt Oscar Schneider (CSU) wieder auf der Abgeordnetenbank, der als Oppositionspolitiker von der Verantwortung des Bundes für den sozialen Wohnungsbau schwärmte, als Minister aber die Mietwohnungsbau-Förderung stoppte und die Verantwortung den Kommunen zuschob.

Seite 3

Horst Sielaff, der als erster für eine Volksgruppen-Politik eintrat, die Deutschstämmigen das Bleiben erleichtert, erläutert die Rechtsgrundlagen für ihre Aufnahme und Eingliederung bei uns.

Seite 4

44. Jahrgang / 73

17. April 1989

Vor den Trümmern der Aussiedlerpolitik

Konkrete Maßnahmen sind jetzt das Gebot der Stunde

Von Rudolf Scharping MdL

Vorsitzender des Landesverbandes und der Landtagsfraktion der SPD in Rheinland-Pfalz

Mitglied des SPD-Parteivorstandes:

Die Aussiedler-Politik der Bundesregierung ist verantwortungslos: Allein 1988 sollen etwa 300.000 Menschen aus Osteuropa in die Bundesrepublik kommen. Sehr vorsichtige Schätzungen sprechen davon, allein in der Sowjetunion lebten mindestens zwei Millionen Deutschstämmige, die noch aussiedeln wollten, andere sprechen von bis zu acht Millionen! Faktisch sind wir insoweit „Einwanderungsland“, in das Menschen deutscher Volkszugehörigkeit nach den Bestimmungen des Grundgesetzes kommen können. Die dafür notwendige Politik der Integration wird aber nicht in Bonn „gemacht“, sie wird vielmehr durch andere Zwänge und Notwendigkeiten außerhalb unseres Lebens bestimmt.

Die erkennbaren Folgen sind verhängnisvoll. Neben die Deklassierung großer Bevölkerungsgruppen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht treten die Probleme neuer Gruppen. Das ergibt ein explosives politisches Gemisch.

Dazu einige Hinweise:

Die Volkszählung hat gezeigt, daß wir - vor allem in Ballungsgebieten - einen wachsenden Wohnungsmangel haben. Von 1983 bis heute sind aber die Finanzhilfen des Bundes für den Wohnungsbau von 2,29 Milliarden DM auf ganze 450 Millionen DM zusammengeschrumpft, die Zahl der geförderten Wohnungen ist deshalb von 104.000 auf 40.000 Wohnungen zurückgegangen. Zur Zeit fehlen bundesweit rund eine Million Wohnungen. Alle Vorschriften zur Verteilung des Mangels reichen nicht aus. Wenn seit Jahrzehnten hier lebende Bürger in Warteschlangen auf preiswerte Sozialwohnungen warten, die dann im D-Zugtempo an neu Ankommende verteilt werden, liegt darin sozialer Sprengstoff. Eine sozialgerechte Integration ohne Benachteiligungen ist in den Ballungsräumen unmöglich geworden.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus II/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit. zuzügl. Mwst und Versand.

Kundinnen und Kunden  
des Sozialdemokratischen  
Pressedienstes



Ähnliches vollzieht sich auf dem Arbeitsmarkt. Während Wirtschaftszeitungen Arbeitseinsatz, Kenntnisse, Wachstumsimpulse durch und von neuen Bürgern aus osteuropäischen Staaten loben, klagen viele Arbeitnehmer über einen nun noch weiter überlasteten Arbeitsmarkt. Betriebe kündigen die einen und stellen neu zugewanderte Arbeitnehmer ein, da sie mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Man hört bereits von „Lohnrückerei“ und vom „Aushebeln“ von Tarifbestimmungen. Solche Nachrichten sind nicht nur eine Belastung für die über zwei Millionen Arbeitslosen und vor allem der über 600.000 unter ihnen, die bereits mehr als ein Jahr ohne Beschäftigung sind. Solche Entwicklungen beschädigen auch die selbstbewußte Wahrnehmung von Rechten durch Arbeitnehmer, und zwar über das durch Arbeitslosigkeit verursachte Maß hinaus.

Gerüchte und Schlagzeilen in einem Boulevardblatt über die Bevorzugung bei der Rentenbemessung der Aussiedler tun ein übriges, Aufklärung ist schwer, aber unumgänglich - über das Fremdenrentenrecht (aus der Mitte der 50er Jahre) über Sozialversicherungsabkommen (zum Beispiel mit Polen aus 1975), aber auch über die Aussiedlerpolitik, die Probleme des Asylrechts und der Integration von ausländischen Bürgern. Diese drei Fragen werden mittlerweile häufig in einen Topf geworfen. Das ist fatal.

Die Angst vor Fremden findet einen gefährlichen, wirtschaftlichen und sozialen Nährboden. Doch dies ist nicht schicksalhaft über uns gekommen. Politisch verantwortlich sind jene, die kein Herz und kein Auge haben für die sozial Schwachen in unserer Gesellschaft. Die jetzige Bonner Koalition hat den Nährboden für Rechtsextremismus bereitet. Krokodilstränen helfen da nicht weiter. Den selbst gezüchteten Rechtsextremismus dann noch hof- und koalitionsfähig zu reden wie der neue Ministerpräsident Wagner zum 100. Tag seines Amtsantritts, offenbart das Denken mancher Unionspolitiker. Wir brauchen aber wieder eine aktive Gesellschaftspolitik, die das Prinzip sozialer Gerechtigkeit praktisch verwirklicht. Gegenüber den Aussiedlern bedeutet dies dreierlei:

1. Wir brauchen eine sozial gerechte Integration ohne Benachteiligung der Menschen, die hier aufgewachsen sind. Das setzt aktive Arbeitsmarktpolitik, gerechte Sozial- und Steuerpolitik und endlich auch wieder eine soziale Wohnungsbaupolitik voraus. Nicht nur die Zahl der Wohnungen muß wachsen, sondern auch die finanzielle Förderung je Wohnung! Vorschläge liegen auf dem Tisch. Wenn die Bonner Koalition nicht zu einer Umkehr ihrer Politik bereit ist, wird das weitere Anwachsen des rechten Randes die Folge sein. Wir Sozialdemokraten haben dabei keinen Grund zur Hämme. Denn der Schaden trifft unser politisches Gemeinwesen insgesamt - und wer unter parteipolitischen Gesichtspunkten nur die Union für betroffen hält, ist unverantwortlich naiv.
2. Wir brauchen verstärkte Hilfen für die Menschen in Osteuropa, und zwar ohne das vordergründige Ziel, sie von ihrem Wunsch auf Übersiedlung abzubringen. Denn das wäre angesichts der Verhältnisse beispielsweise in Rumänien unmenschlich. Ohne Hilfe bei der Entwicklung der Lebensverhältnisse in Osteuropa würden wir den Wunsch nach Erhaltung der Heimat vieler Deutschstämmiger ignorieren. Ohne solche Hilfe wäre aber auch nicht zu vertreten, was ich für dringend geboten halte: die Entwicklung von Prioritäten bei der Übersiedlung und deren Orientierung an der Integrationskraft des Arbeits- und Wohnungsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland.
3. Die Mittel des Bundes für Aussiedler müssen endlich erhöht werden. Seit Monaten erweckt die Bundesregierung aber den Anschein, als würden steigende Kosten für die Aussiedler zum Sprengsatz im Bundeshaushalt. Dies ist eine grobe Verdrehung der Tatsachen, denn die Ansätze des Bundes für Aus- und Übersiedler sind von 1,7 Milliarden DM im Jahre 1983 auf unter 1,3 Milliarden DM 1988 zurückgeführt worden, die Zahl der Aufgenommenen hat sich aber von 49.268 auf 242.505 vervielfacht! Anders ausgedrückt: Von 1983 bis 1988 hat der Bund also seine Leistungen der Aus-beziehungsweise Übersiedler um 85 Prozent zusammengestrichen. Auch das Wohnungsbauprogramm 1989 bis 1991 vermag diese Tendenzen nicht umzukehren. Diese Entwicklung ist ein Skandal von und für die Koalition von CDU/CSU und FDP!

Konkrete Taten sind daher gefordert. Wer sich wie Kanzler oder Vizekanzler mit weiten Armen in Moskau, Warschau oder Bukarest einladend äußert, aber die Gemeinden und die Menschen mit den Folgen der Einladung weithin allein läßt, handelt verantwortungslos und politisch gefährlich.

(-/17.4.1989/vo-he/rs)

Wie sich die Zeiten ändern

---

Zu einigen Aussprüchen des entlassenen Bundesministers Schneider

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Vor zehn Jahren, als Oppositionspolitiker, hat der jetzt entlassene Bundesbauminister Oscar Schneider machtvoll formuliert:

„Nach wie vor trägt der Bund neben den Ländern eine führende Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau, für die öffentliche Wohnungsbauförderung, für eine Neuorientierung der Wohnungsbaufinanzierung und die Gewährleistung eines ausreichenden insbesondere aber familiengerechten Wohnraums zu sozial vertretbaren Bedingungen.“ (Presseerklärung vom 30. Juli 1979)

Gut gebrüllt. Der Löwe ist aber ein Papiertiger.

Oscar Schneider ist Bauminister geworden und hat schnurstracks das Engagement des Bundes im sozialen Wohnungsbau herunter gefahren und die Förderung des Mietwohnungsbaus beendet.

Das Ergebnis sehen wir heute am Wohnungsmarkt.

Und Oscar Schneider erklärt dazu: „Es ist in erster Linie Aufgabe der Kommunen, unerwünschten Entwicklungen auf dem örtlichen Wohnungsmarkt zu begegnen.“ (Süddeutsche Zeitung vom 1. März 1989)

Wenn er bald (wieder) auf der Abgeordnetenbank sitzt, wird Oscar Schneider vermutlich (wieder) das erste Zitat benutzen. (-/17.4.1989/vb-he/rs)

\* \* \*

### Aussiedler sind keine Vertriebenen

Das Bleiben erleichtern statt Aussiedlungspropaganda

Von Horst Sielaff MdB

#### I.

Die Aussiedlerpolitik der SPD wird von zwei Säulen getragen: Die erste Säule will das Bleiben der Deutschen dort, wo sie zum Teil seit Jahrhunderten leben, stärken und ermöglichen. Unter Beachtung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten muß eine sinnvolle Politik der Bundesrepublik Deutschland darauf hinwirken, daß die Staaten die Rechte der Minderheiten gemäß der KSZE-Schlußakte achten, damit auch für deutsche Minderheiten ein Anreiz besteht, in ihrer Heimat zu bleiben. Deshalb hat die SPD schon in ihrem Godesberger Programm 1959 festgeschrieben: „Ein Volksgruppenrecht, das im Einklang mit den von den Vereinten Nationen verkündeten Menschenrechten steht, ist unerlässlich. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertritt das Recht aller Menschen auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur.“

Die Bundesregierung ist aufgefordert, intensiver und mit mehr Phantasie eine Politik zu betreiben, die das Verbleiben von Deutschen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland stärkt und erleichtern hilft.

Das Bleiben zu erleichtern, ist oft humaner als das - häufig als letzter Ausweg empfundene - Aussiedeln. Aussiedlungen bringen nicht nur Familien zusammen, sie zerreißen in den meisten Fällen aufs Neue.

Nachdem die Politik der Regierungskoalition in der Vergangenheit einseitig auf das Aussiedeln konzentriert war, hat die Regierung jetzt endlich, offensichtlich unter dem Druck der vielfältigen Probleme bei uns begriffen, daß das Bleiben zu ermöglichen, sinnvoller ist.

Minister Wolfgang Schäuble formulierte in diesen Tagen in Bezug auf die geplante Polenreise des Kanzlers: „Ziel unserer Politik war in erster Linie, und ist es auch heute, daß die Deutschen dort, wo sie leben, wo ihre angestammte Heimat ist, Lebensverhältnisse vorfinden, daß sie ihre Heimat nicht verlassen müssen und nicht verlassen wollen.“

Praktische Folgerungen aus dieser Zielsetzung bestanden bei der jetzigen Bundesregierung bisher nur in Forderungen an andere Staaten. Sie selbst und die sie tragenden Parteien haben sich bisher vor Ort, zum Beispiel in den Sowjetrepubliken Kasachstan und Kirgisien, in denen die meisten Deutschen in der UdSSR leben, kaum informiert. Die Bundesregierung bezieht die Bewertung der Situation der Deutschen in der UdSSR vorwiegend aus den Berichten derer, die aussiedeln wollen.

Von der verstärkten Förderung deutscher Literatur in den Staaten Ost- und Südosteuropas, des Angebots der Entsendung deutscher Lehrer für den deutschsprachigen Unterricht, des Zurverfügungstellens didaktischen Materials für Deutsch in Kindergärten und Schulen durch die Bundesrepublik Deutschland ist bisher konkret wenig zu erkennen.

Verstärkte Förderungsmöglichkeiten von Schulpartnerschaften, Begegnungsfahrten und Besuchsreisen mit den Deutschen, insbesondere im asiatischen Teil der Sowjetunion, sind bisher nicht geschaffen worden.

#### II.

Grundlage für die Anerkennung, wer Deutscher ist, ist das Grundgesetz, Artikel 116, Absatz 1. Wer nicht deutscher Staatsangehöriger ist, muß danach „als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden“ haben. Danach wären viele heutige Aussiedler (zum Beispiel die Wolgadeutschen oder Siebenbürger Sachsen) nach dem Grundgesetz nicht Deutsche. Dann weder gehörten die Siedlungsgebiete der Deutschen in Rumänien in der CSSR, in Ungarn noch in der UdSSR 1937 zum Deutschen Reich, noch werden die Deutschen heute von dort vertrieben.

Deshalb wurde 1953 das Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) geschaffen, in dem es heißt: Vertriebener ist jeder Deutsche, der „nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen, die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien oder China verlassen hat oder verläßt, es sei denn, daß er, ohne aus diesen Gebieten vertrieben oder bis zum 31. März 1952 dorthin zurückgekehrt zu sein, nach dem 8. Mai 1945 einen Wohnsitz in diesen Gebieten begründet hat (Aussiedler).“

Damit sind Aussiedler „Vertriebene“, denn man geht davon aus, daß die Bedrückung als Volksgruppe, der nach dieser Annahme und der der Bundesregierung bisher quasi alle Deutschen in ost- und südosteuropäischen Staaten unterliegen, als „Vertreibungsdruck“ wirkt und zur Ausreise nötigt, die ohne diesen Druck in der Heimat geblieben wären.

Mit anderen Worten: Es wird trotz wesentlicher Verbesserungen und positiver Entwicklung unterstellt, daß Deutsche in Ost- und Südosteuropa einem massiven „Vertreibungsdruck“ unterstehen, als Deutsche keine Lebensmöglichkeit haben. Selbst für Ungarn, wo es einen geförderten „Demokratischen Verband der Ungarndeutschen“, deutsche Zeitungen, Museen et cetera gibt, wird dies unterstellt.

Die deutsche Volkszugehörigkeit liegt nach dem BVFG § 6 vor, wenn jemand „sich in einer Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Erziehung, Kultur bestätigt wird... Wie problematisch und theoretisch diese Aussage heute geworden ist, zeigt die Tatsache, daß für 80 Prozent der Aussiedler und Aussiedlerinnen aus der VR Polen, 70 Prozent derjenigen aus der der CSSR, der UdSSR und aus Ungarn die Empfehlung gegeben werden muß, einen deutschen Sprachkurs zu besuchen.

Nach dem Bundesvertriebenenengesetz und in Verbindung mit dem Lastenausgleichsgesetz werden Aussiedler wie Deutsche, die von Geburt an in der Bundesrepublik gelebt haben, behandelt (bei Anerkennung der Rentenzeiten zum Beispiel spielt das eine wichtige Rolle) und erhalten zusätzliche finanzielle Hilfen zur Eingliederung.

Es wäre an der Zeit, das Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz neu zu durchdenken und zu korrigieren, denn es muß zu denken geben, daß weiterhin nur die Bundesrepublik Deutschland weitgehend für die Deutschen in Ost- und Südosteuropa als „Heimat“ angesehen wird. Weder Öster-

reich und schon gar nicht die DDR werden als Heimatland angegeben. Wenn es nur um die Identität als Deutsche ginge, wenn es nur der „Vertreibungsdruck“ wäre, dem man als Deutsche/r ausgesetzt ist, dann müßte eigentlich das Bild ein wenig anders aussehen. Aber Österreich hat kein Vertriebenen- oder Lastenausgleichsgesetz. Und ist es wirklich kein Unterschied zwischen einem Deutschen in der UdSSR, der seit Generationen im Gebiet der heutigen Sowjetunion lebt und dem, der in den Wirren des Zweiten Weltkrieges in die Sowjetunion verschleppt wurde und erst jetzt wieder die Chance hat, nach Deutschland zurückzukommen?

Wer redlich ist, sollte auch zu einer differenzierten Betrachtungsweise bereit sein.

### III.

Die Sozialdemokraten treten für offene Grenzen ein. Wir fordern offene Grenzen auch für die Menschen in den anderen europäischen Staaten, deshalb dürfen wir nicht die Grenzen zu unserem eigenen Land dichter oder gar ganz dicht machen. Quoten für Aussiedler - im Einverständnis mit den betroffenen Ländern vereinbart - können vielleicht kurzfristig die gegenwärtige Situation in der Bundesrepublik entspannen, langfristig werden sie das Aussiedlerproblem allerdings nicht lösen.

Die zweite Säule sozialdemokratischer Politik für Deutsche in Ost- und Südosteuropa lautet: Wer als Deutscher die wohlüberlegte und individuelle Entscheidung trifft, in die Bundesrepublik Deutschland auszusiedeln, muß mit unserer Starthilfe für eine neue Existenz rechnen können und ausreichende Möglichkeiten zur Integration vorfinden.

Die Starthilfen oder die Hilfen zur Integration der Aussiedler dürfen dabei nicht zu Benachteiligungen anderer gesellschaftlicher Gruppen in unserem Lande führen. Dabei muß auch deutlich werden, daß die Verantwortung für die Gewährung der Hilfen und der Integration in erster Linie beim Bund liegt, die Verlagerung der Verantwortung auf die Kommunen wäre unverantwortlich, weil sie zu ungleichen Behandlungen und zu teilweise nicht zu bewältigenden Problemen in den Gemeinden führen würde.

Sonderprogramme für Aussiedler sind dabei nur ausnahmsweise sinnvoll. Das Sonderbauprogramm für Aussiedler ist abzulehnen, sinnvoller ist die Wiederaufnahme der Förderung des sozialen Wohnungsbaus und die klare Einführung der Fehlbelegungsabgabe. Die Beachtung des Familieneinkommens bei der Gewährung günstiger Kredite, preisgünstigen Baubodens und beim sozialen Wohnungsbau würde dafür sorgen, daß sich die lange ansässige und einheimische Bevölkerung nicht benachteiligt fühlen müßte. Insbesondere ist darauf zu achten, daß keine Getto-Siedlungen für Aussiedler entstehen oder sich - gerade bei streng religiösen Gemeinden - die Neubürgerinnen und Neubürger isolieren, deshalb ist von besonderer Bedeutung die kulturelle und soziale Integration. Das Verständnis über unser Staatswesen, die Bedeutung der Arbeitnehmervertretungen für unsere Demokratie und der Pluralismus unseres Parteienwesens, sowie das soziale und gesellschaftspolitische Engagement der Kirchen sind dabei nachdrücklich zu vermitteln.

(-/17.4.1989/vo-he/rs)

\* \* \*